

Zwischen MDGs und Green Economy

Eine Gender-Perspektive auf Wachstumsdiskurse und Wohlstandsmodelle

Christa Wichterich/WIDE (Women in Development Europe)

Beitrag zur Fachtagung, Bonn, 5.10.2011

“Wohlstandsmodelle und Entwicklungsziele jenseits der MDGs”

Der Kontext

Die mehrdimensionale Krise von 2007/8 zeigte nachdrücklich, dass die neoliberale Marktglobalisierung und die Wachstumsökonomie nicht halten können, was sie versprechen: nämlich die beste Allokation von Ressourcen auf dem ganzen Planeten zu schaffen und damit ein Win-Win-Spiel für alle zu sein. Damit scheiterte aber das wachstumsoptimistische Nachhaltigkeitskonzept der Umwelt-und-Entwicklungs-Konferenz in Rio de Janeiro, das auf die Vereinbarkeit von Wachstum, Ressourcenschutz und sozialer Gerechtigkeit setzte. Effizienzgewinne beim Energieverbrauch und Ressourcendurchsatz wurden durch das Wachstum des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) aufgeessen. Es gelang nicht, durch die ökologische Modernisierung Wachstum und Wohlstand vom Naturverbrauch abzukoppeln. Gleichzeitig mit dem BIP-Wachstum vergrößerten sich die sozialen Ungleichheiten zwischen Ländern und Regionen sowie innerhalb der einzelnen Gesellschaften.

Als Antwort auf die komplexen systemischen Krisenkonstellationen lassen sich gegenläufige Tendenzen beobachten. Neue Wohlfahrtsindices und -modelle zeigen einen Trend weg von der Eindimensionalität des BIP-, Geld- und Marktmaßes und verweisen darauf, dass Wachstum nur begrenzt mit Armutsbeseitigung und auch mit Wohlstand korreliert. Das signalisiert eine Öffnung auf der Ebene der Definitionen, des Messens und Modellierens von Wohlstand und „gutem Leben“. Dabei werden Genderaspekte zumindest berührt, wo auf Menschenrechte fokussiert wird oder nicht-marktförmige Arbeit, wie Sorgearbeit, Hausarbeit, Subsistenzarbeit und Ehrenamt einbezogen werden. Die Frage ist, wie die neuen Messmethoden und Modelle für das gesellschaftliche Wohlergehen gesellschaftlich und politisch handlungsleitend und in Strategien für sozial-ökologische Transformation übersetzt werden können.

Gegenläufig dazu steuern und fördern Realpolitiken wie auch die Realökonomie als Antwort auf die multidimensionale Krise wieder einmal das 3-W-Entwicklungsmodell – Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Weltmarkt. Kurskorrekturen in bezug auf die grundlegende Funktionslogik des Wachstums zeichnen sich nicht ab. Im Gegenteil: BIP-Wachstum gilt als Antriebskraft für Armutsreduktion und Wohlstandsgewinn. Marktinstrumente werden als approbate Mittel propagiert, um Umweltprobleme und soziale Probleme zu lösen. Beispiele dafür sind der Emissionshandel im Klimakontext oder die Mikrokredite für Frauen in der Armutskämpfung.

Die vielen Gender Indikatoren, die in den vergangenen zwanzig Jahren entwickelt wurden, fokussieren auf Geschlechtergleichheit. Allgemein wird 'Geschlechtergleichheit' - so auch im neuen Entwicklungsbericht der Weltbank zu Gender - als eigenständiges Entwicklungsziel betrachtet. Gleichzeitig aber gilt es als „untapped source when it comes to stimulating economic growth“ (OECD). In diesem Kontext steht die Integration von Frauen in die Märkte, die die Weltbank als 'smart economy' bezeichnet. Gleichstellung, Integration und Ausschluss werden in Nutzen oder Kosten für den Markt bzw. Wachstum berechnet und das Menschen-/Frauenrechtsparadigma funktional auf Marktrechte reduziert.

Nach dem Scheitern der Klimaverhandlungen in Kopenhagen verkündete Ban ki Moon zusammen mit UNEP einen Global Green Deal, der die Finanz-, Energie- und Klimakrise in den Griff bekommen soll. UNEP hat in den Dokumenten zu Green Economy und MDGS diesen zu einer Vorlage für Rio+20 weiterentwickelt. Gender ist weitgehend ausgeblendet, nur einmal im Kontext von Mikrofinanzierung erwähnt.

Aus geschlechterpolitischer Perspektive lauten die Gretchenfragen an jeden Gesellschaftsvertrag und jedes neue ökonomische und ökologische Modell: Wie hält der Deal es mit der Umsetzung von Menschenrechten, globalen sozialen Rechten, Entscheidungsrechten für Frauen, Minderheiten, Indigene, MigrantInnen, LGBTI? Welches Konzept von Gerechtigkeit hat er? Welche Antworten hat er auf die Machtasymmetrien - zwischen Männern und Frauen, zwischen sozialen Klassen, Nord und Süd? Wie bezieht er sich auf Spaltung zwischen Sorge- und Marktökonomie und die geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung? Welches Naturverhältnis legt er zugrunde?

Strategisches Dilemma

Frauen haben ihre eigene Geschichte politischer Bezugnahme auf und Einmischung in den Themenkomplex von Umwelt und Entwicklung. Im Vorfeld der **UNCED 1992** in Rio de Janeiro erarbeiteten sie ein eigenes Positionspapier, die „*Women's Action Agenda 21*“. Es liest sich auch heute in seinen Eckpunkten immer noch aktuell: ausgehend von einer Kritik am Entwicklungsmodell des „freien Marktes“ und am wirtschaftlichen Wachstum plädiert die Frauen-Agenda 21 für eine neue Ethik des Wirtschaftens und des Naturbezug, für die Wahrung biologischer und kultureller Vielfalt, für Demilitarisierung, für Gerechtigkeit zwischen Süden und Norden sowie für ein Empowerment von Frauen durch demokratische, reproduktive und Ressourcenrechte. Der Kernbegriff dieses Manifests ist „*sustained livelihood*“, sichere Lebensgrundlagen. Mit dem Konzept der Überlebenssicherung, das von der Alltagspraxis der Versorgung im Lokalen ausgeht, verknüpfen die Frauen Ressourcengerechtigkeit, denn sie brauchen Verfügungsrechte, Kontrollmacht und Entscheidungsbefugnisse. Auf diese Weise sind in dieser Programmatik die beiden Ziele der Geschlechtergerechtigkeit und der Transformation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und der ausbeuterischen Wachstumsökonomie verschränkt. Gefordert wird eine Remoralisierung von Politik und Ökonomie im Rahmen der Umwelt- und Entwicklungskrise und eine gleichberechtigte Partizipation am Prozess der Politikbeeinflussung.

Bei der UN-Konferenz selbst etablierten die Frauennetzwerke eine neue Kultur zivilgesellschaftlicher Partizipation mit konstruktiven Aushandlungsstrategien gegenüber den

Regierungen. Auf dem parallelen NGO-Forum waren sie die stärkste Gruppe. Erstmals versuchten sie sich als „*Global Women`s Lobby*“ systematisch mit Lobbying und Mainstreaming von Gender in alle entwicklungs- und umweltpolitischen Sektoren einzumischen. Der historische Erfolg dieser Doppelstrategie von zivilgesellschaftlich autonomem und regierungsbezogenen Handeln war, dass die Agenda 21, das Abschlussdokument der Konferenz, Frauen als wichtige Akteurinnen in Entwicklung und Umwelt anerkennt und ihnen eine bedeutende Rolle für Umweltschutz und Armutsbekämpfung zuweist. Die Kernpunkte des Frauenmanifests – Strukturkritik an Entwicklung und an der ressourcenräuberischen Wachstumsökonomie einerseits und die Orientierung auf den *livelihood*-Ansatz andererseits – finden sich dagegen nicht in der Agenda 21 wieder. Im Gegenteil: sie lebt von einem Markt-, Effizienz- und Technikoptimismus.

In diesem Kontext übernahmen nun auch die Frauennetzwerke die Leitorientierung der Nachhaltigkeit, die für feministische ganzheitliche Ansätze viele Anknüpfungen bietet, weil sie ökologische, soziale und ökonomische Verhältnisse zusammendenkt. Basierend auf einem liberalen Gleichheitskonzept forderte die Frauenlobby Partizipation und Gestaltungsmacht bei der internationalen Umwelt-*Governance*. Gleichwohl warnten auch einige Protagonistinnen wie Bella Abzug, die Wortführerin der *Global Women`s Lobby*: „Women don`t want to be mainstreamed into a polluted stream.“

1995 war die **3. Weltfrauenkonferenz in Peking** ein wichtiger Etappenschritt, um einen konsistenten Frauen-/Menschenrechtsansatz und das Gender Mainstreaming als Methode durch alle Sektoren hindurch zu verankern.

Die **MDGs** wurden aus einer Frauen-/Gender-Perspektive kritisiert, weil sie genau dies nicht umsetzen: sie beruhen nicht kohärent auf dem Menschenrechtsparadigma und führen Gender Mainstreaming nicht systematisch durch. Sie bieten kein Konzept zur Veränderung struktureller Ursachen von Armut, Hunger, sozialer wie Geschlechterungleichheiten und bestehender Machtverhältnisse. Ihr Lösungsansatz fokussiert auf sektorale Investitionen und quantitative Verbesserungen.

Wie die MDGs so setzt auch das **Green Economy**-Konzept von UNEP auf politische Handlungsfähigkeit, politischen Willen und Investitionen. Es fordert staatliche Regulierung und re-installiert damit das Primat der Politik gegenüber der Ökonomie. Dies ist jedoch ambivalent, denn es geschieht im Geiste von Public Private Partnership, weil privates Kapital wichtiger sei als öffentliche Mittel. Ziel ist der organisierte Übergang von einer braunen zur grünen Ökonomie durch die „Macht des Marktes“ unterstützt durch regulierende Politik.

Auch dem Green Economy-Konzept von UNEP fehlt ein konsistenter Menschenrechtsansatz. Gender bleibt völlig unterbelichtet, Machtverhältnisse werden nicht beleuchtet, ein kohärentes Konzept von Gerechtigkeit und sozialer Nachhaltigkeit kommt nicht vor. Gleichwohl wird behauptet, dass die Green Economy eine Voraussetzung sei, um die MDGs zu erreichen, Wohlergehen zu verbessern und Ungleichheiten zu verringern sowie Umweltrisiken und ökologische Knappheiten zu reduzieren. Ihre drei zentralen Strategien sind Regulierung, Markt(instrumente) und Technologie. Einerseits versteht sie sich als fundamentales Neudenken der Ökonomie, andererseits will sie eine neue „grüne“ Wachstumsstrategie sein.

Ihre Antriebskraft ist Wachstum, nicht Umverteilung. Weil sie dem Wachstum ebenso verpflichtet bleibt wie dem kapitalistischen Akkumulationsprinzip, kann von einem Paradigmenwechsel nicht die Rede sein. Im Kern geht es um eine Verschiebung von Investitionen, Jobs und Wachstum in grüne Sektoren, d.h. um einen emissionsreduzierten und wärmegeprägten Kapitalismus, nicht um eine andere Ökonomie.

Aus gender- und frauenpolitischer Perspektive gab es zwei grundlegend verschiedene Umgangsstrategien in bezug auf UN-Dokumente: 1) Nachbessern, Gender mainstreamen oder anhängen, einen liberalen Gleichstellungsansatz verfolgen, um sodann das Dokument für Geschlechtergleichheit und Frauenrechte zu nutzen. 2) aus der Kritik, dass der Ansatz – wenn nicht falsch, so doch - schief ist, folgt, dass keine politischen Energien investiert werden sollten, um mitzumischen und nachzubessern, sondern z.B. insistiert wird, dass erst einmal alte Zielkataloge – wie die Aktionsplattform von Peking – erfüllt werden; dies bedeutet also kein Rückzug aus den Debatten, sondern Partizipation und Einmischung mit eigenen Positionen.

Pflöcke einschlagen, mit der Wachstumslogik brechen

Aufgrund des massiven Krisendrucks macht es im Augenblick wenig Sinn, eine neue shopping list des Wünschenswerten aufzumachen, zumal wenn sie zuallererst unter die Vorzeichen des Marktes und der Finanzialisierung gesetzt wird wie in der Green Economy. Ziele sind reichlich formuliert und nicht erfüllt worden, inklusive der Agenda 21 von Rio. Wichtiger ist es, Richtungsforderungen für eine sozial-ökologische Transformation zu identifizieren, neue Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen und Übergangsstrategien zu entwickeln, die – wie die neuen Wohlsandsindices – mit der Funktionslogik von Wachstum und Renditemaximierung brechen. Vorwärts zu kommen in der Richtungsbestimmung erfordert demokratische Diskurse darüber, welchen Wachstum und welchen Wohlstand wir wollen, was wir akkumulieren wollen und was schrumpfen muss.

Alternative Wohlstandskonzepte sind nicht automatisch geschlechtergerecht. Es kann jedoch kein „gutes Leben“ ohne Freiheit von Gewalt gegen Frauen, Würde und Anerkennung geben – eine Diskussion, die gerade Frauen in Bolivien führen, die sich nicht für das „buen vivir“-Konzept instrumentalisieren lassen wollen, während sie sexueller Gewalt ausgesetzt sind. Geschlechtergleichheit, Geschlechterdemokratie als Überwindung patriarchaler Herrschaftsstrukturen und Anerkennung von Differenz statt Hierarchisierung müssen Indikatoren für Wohlstand sein.

Außerdem werden aus einer Gender-Perspektive derzeit auf internationaler Ebene folgende Prinzipien und Ansatzpunkte für alternative Wohlstandserzeugung zentral diskutiert:

- 1) Versorgung, Vorsorge, existentielle Sicherheit müssen Vorrang haben vor dem Wachstumsdogma und der Markteffizienz . Das schließt ein:
 - eine Neudefinition von Arbeit und Wertschöpfung jenseits von Markt, Geldmaß und Effizienz,
 - Umbewertung von Arbeit, Anerkennung und Aufwertung von Sorgearbeit und Arbeit zur gesellschaftlichen Reproduktion und Regeneration der Natur,

- Umverteilung von Arbeit, die die Geschlechterstereotypen aufbricht,
 - öffentliche Infrastruktur zur Daseinsvorsorge und sozialen Reproduktion,
 - Grundsicherung durch Beschäftigungsprogramme wie NREGA in Indien, cash transfers wie in Namibia, Bolsa Familia in Brasilien oder bedingungsloses Grundeinkommen im Westen,
 - Vorsorge als Schutz vor Lebensrisiken von präventiver Medizin bis zum precautionary principle beim Handel mit genmanipulierten Organismen.
- 2) Ernährungssicherung durch Ernährungssouveränität und Geschlechterdemokratie ist eine Kernforderung für die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die die Ernährung der meisten Menschen im globalen Süden sichert und überwiegend in den Händen von Frauen liegt. Dies ist ein auf *livelihood*-Rechten basierendes Gegenkonzept zur Überernährung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft an die Mechanismen des Weltmarkts und an industrielle Effizienz, zu Investitionsliberalisierung und Finanzialisierung von Natur. Auch im Norden greift dieses Prinzip Fuß mit städtischer Landwirtschaft und *community gardening* z.B. im Rahmen der *transition-town*-Bewegung und einer post-fossilen lokalen Wirtschaft. Bausteine sind:
- dezentrale Wasser- und Energieversorgung, Wasser- und Energiesouveränität,
 - Zugang zu Ressourcen- und Landrechten,
 - Biodiversität und lokales Wissen als Produktivkräfte vor Konzern-Piraterie, Privatisierung und Patentierung schützen,
 - *Land grabbing* zum Zweck imperialer Ernährungssicherung und des Anbaus von Agrartreibstoffen verhindern.
 - Keine Spekulation auf Ernten und Preise von Nahrungsmitteln durch Regulierung der Finanzmärkte.
- 3) Gegen den aktuellen Trend von Sparpolitiken und öffentlicher Verarmung auf dem Hintergrund der privaten Aneignung gesellschaftlichen Reichtums gilt es, die öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Infrastruktur, Gemeinschaftsgüter und Gemeineigentum zu erhalten oder rückzugewinnen, zu stärken und auszudehnen. Die Schwächsten in der Gesellschaft, die keine Rückfallpositionen haben, sind am stärksten auf sicheren Zugang zu öffentlicher Versorgung und zu Gemeinschaftsgütern angewiesen, um ihre sozialen Rechte zu verwirklichen.
- Neudefinition von Gemeingütern, z.B. Versorgungs- und soziale Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Mobilität wie auch eine intakte Umwelt,
 - Stärkung von Gemeinwohlorientierung und Solidarpakten,
 - Das Teilen von Ressourcen und Gemeinschaftsgütern nutzt mehr Menschen, wenn der Zugang, die Pflege und die Verfügung demokratisch geregelt und sozial ausgleichend verwaltet werden,
 - Gemeingüter müssen vor Privatisierung und Finanzialisierung geschützt werden, weil sonst private Kapitaleigner und die Spielregeln des Marktes über das Öffentliche und die Umsetzung von Menschenrechten, vor allem globalen sozialen Rechten entscheiden.

Bei den Übergängen zu alternativen Wirtschafts- und Naturverhältnissen muss ein Wertewandel notwendig mit einem Strukturwandel einhergehen und beides, Subjektivitäten und Strukturen, einbezogen werden. Denn der wachstumsbesessene Kapitalismus ist nicht nur

ein Produktions-, Klassen- und Naturverhältnis, sondern auch ein Wertesystem im Alltag und ein Bewusstseinverhältnis. Beides ist nicht zu trennen.

Es gibt nicht den einen Königinnenweg heraus aus der Systemrationalität oder das eine alternative Wohlstandsmodell; es gibt weder Universalrezepte, die überall gleich greifen, noch die eine Maßnahme, z.B. Grundeinkommen, die alles aushebelt. Aufgrund der wachsenden Komplexität muss jede Ein-Punkt-Maßnahme zwangsläufig zu kurz greifen. So verstärkt z.B. die Internalisierung von ökologischen Kosten in die Preisbildung ohne gleichzeitige soziale Umverteilungsmechanismen die Ungleichheitsstrukturen der Gesellschaften und ungleichen Zugänge zu Ressourcen.

Die Transformationsstrategien müssen an die Forderungen neuer sozialer Bewegungen nach realer und direkter Demokratie anknüpfen, Übergangsstrategien ebenso wie Ressourcennutzung oder Naturschonung neu aushandeln, und Wirtschaft demokratisch und solidarisch organisieren. Ökologische und soziale Steuern, die umverteilen und regulieren, sind ebenso wie Bürgerhaushalte mit Gender Budgets Schritte in die Richtung, Gegenmacht gegen das Wachstumsdiktat aufzubauen, wie auch gutes Leben und Zufriedenheit.